

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Enttäuschte Hoffnungen In Frankreich

Seit einiger Zeit ist in Frankreich ein gründlicher Meinungsumschwung festzustellen: Die Regierung hat das Vertrauen der demokratischen Linken verloren, ohne aber die Unterstützung der Rechten zurückzugewinnen.

Der lückenlose Generalstreik aller Arbeitnehmer trug Ende Januar entscheidend dazu bei, den faschistischen Algierputsch niederzuschlagen; die gaullistische Regierung stützte sich dabei bewußt auf die Gewerkschaften. Die Betonung des Selbstbestimmungsrechtes für Algerien und energische Maßnahmen gegen die Rechtsradikalen erweckten Hoffnungen, die aber schon im März 1960 wieder enttäuscht wurden.

Anfang Februar übertrafen die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen gegen die Putschisten und für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes in Algerien in ihrer Schärfe alle Erwartungen. Die Doppelherrschaft, die bisher in Algerien existierte und sich nach Frankreich auszudehnen drohte, wurde liquidiert. Die „Territorialgarden“, die als eine Art Hilfspolizei unter eigenem Kommando standen und in Algier eine besondere Armee von 20 000 Mann bildeten, wurden aufgelöst. Selbst der Vorsitzende des einflußreichen Aktionsausschusses der ehemaligen Kriegsteilnehmer, *Arnould*, wurde verhaftet. Drei maßgebende Generale, *Faure*, *Gribius* und *Mirambeau*, die eine hervorragende Rolle spielten, wurden abgesetzt, zahlreiche Offiziere gemäßregelt. Die Abteilungen der sogenannten „Psychologischen Aktion“, die zum Tummelfeld rechtsradikaler Umtriebe geworden waren, wurden aufgelöst. Die Militärherrschaft wurde in Algerien wieder von der Zivilgewalt verdrängt, die Polizei in Algerien reorganisiert und dem Generaldelegierten, dem Vertreter der französischen Regierung, unter-

stellt. Zahlreiche aus Frankreich kommende Beamte wurden in Algerien eingesetzt. Parallel dazu läuft die gerichtliche Aktion gegen die Rädelsführer. Alle diese Beschlüsse wurden auch von den Demokraten, die dem Regime mit Mißtrauen gegenüberstehen, begrüßt.

Neuer Kriegskurs in Algerien

Nach diesen Ereignissen glaubte man in der französischen Arbeiterbewegung, der Weg zu Waffenstillstandsverhandlungen werde nun eingeschlagen. Nach den Reden des französischen Staatschefs, nach der politischen Erklärung des Präsidenten der algerischen Exilregierung schien sich die Differenz zwischen Paris und der FLN auf die Frage zu reduzieren: Sollten die Besprechungen vor oder nach der Feuereinstellung beginnen? *De Gaulle* erklärte in Albi, daß „politische Verhandlungen“ erst nach der Feuereinstellung beginnen werden; *Ferhat Abbas* hingegen verlangte noch vor einem Waffenstillstand Besprechungen über die technischen Umstände der Waffenruhe und vor allem über die Durchführungsbedingungen der darauffolgenden Volksabstimmung. *De Gaulle* wollte eine politische Konfrontation „aller“ algerischen Tendenzen, die FLN war offensichtlich bestrebt, als alleinige Vertreterin des algerischen Volkes zu gelten. War das aber ein Grund zum Abbruch des Gesprächs?

Gewiß, es gibt selbstverständlich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. *Ferhat Abbas* ist klipp und klar für die algerische Unabhängigkeit, wenn auch möglicherweise in späterem freiwilligem Bunde mit Frankreich. *De Gaulle* ist für algerische Selbstverwaltung im Rahmen einer Völkergemeinschaft. Aber eben darüber sollte ja das algerische Volk frei entscheiden.

Die beiden verantwortlichen Männer waren einander also näher denn je gekommen und fanden den Beifall eines breiten Teils der französischen Meinung. „Das Ende des Algerienkrieges ist vielleicht nahe“, schrieb der sozialistische Senator *Defferre*, Bürgermeister von Marseille. Das sozialistische Zentralorgan

Populaire fragte, warum Ferhat Abbas nicht bereits in Paris sei, um mit den zuständigen französischen Stellen die Verhandlungen einzuleiten.

Wie eine kalte Dusche wirkten daher Anfang März de Gaulles Worte, nach welchen der Algerienkrieg noch lange dauern werde und nur durch den Sieg der französischen Waffen beendet werden könne. Also keine bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen, keine Feuereinstellung, noch viele Jahre Krieg. Zuerst versuchte man sich über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen; dann kam aber die offizielle Bestätigung.

Die Enttäuschung der liberalen Kreise Frankreichs wurde dadurch etwas abgeschwächt, daß der französische Staatschef jetzt von einem „algerischen Algerien“ sprach, das mit Frankreich verbunden sein werde. Er trat damit aus seiner ursprünglichen Schiedsrichterrolle heraus und nahm zum ersten Male offen für eine der drei Möglichkeiten Stellung, die er am 16. September vorigen Jahres für eine kommende algerische Volksabstimmung in Aussicht gestellt hatte. Damals war von Sezession, Französisierung oder algerischer Selbstverwaltung und Assoziation mit Frankreich die Rede. De Gaulle erklärt sich heute offen für die letztgenannte Lösung, was eine Absage sowohl an die Ultras als auch an die algerische Unabhängigkeit bedeutet.

Das alles ist aber eine ferne Zukunftsmusik, wenn der Algerienkrieg noch jahrelang dauern soll. Gewiß, der Staatschef hatte auch in früheren Reden erwähnt, der Krieg werde weitergehen, wenn die FLN auf das Waffenstillstandsangebot nicht eingehe und keine Unterhändler nach Paris schicke. Man hatte aber diesen negativen Aspekt, der jetzt im Vordergrund steht, gern überhört. Man hatte, vor allem nach dem Scheitern des Januar-Putsches, Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß gehabt und sieht jetzt, daß es wieder Illusionen waren. Die innen- und außenpolitischen Folgen sind noch nicht abzusehen.

Verhaftungen

Zugleich kam es auch zu Verhaftungen in französischen Linkskreisen, denen vorgeworfen wird, die FLN zu unterstützen. Es handelt sich um bekannte französische Intellektuelle und Künstler, an ihrer Spitze *Francis Jeanson*, der bekannte französische Philosoph und Schriftsteller, der ebenso wie die Schauspielerin *Cécile Marion* und die hervorragende Fotoreporterin *Dominique Darbois* von der Polizei gesucht wird. Verhaftet wurden die Professorin *Janine Cahen*, die junge amerikanische Malerin *Gloria de Herrera*, die Medizinstudentin *Christiane Grama*, der Schriftsteller *Georges Arnaud* und andere Persönlichkeiten.

Das größte Aufsehen erregt die Aktivität Jeansons, der bis 1956 die Zeitschrift *Les Temps Modernes* leitete, deren Herausgeber *Jean-Paul Sartre* ist. Er veröffentlichte 1955 mit seiner Frau Colette ein Buch über Algerien, in dem er aus seinen Sympathien für die FLN kein Hehl machte.

Zugleich wurden auch der Chef der FLN-Untergrundorganisation in Frankreich, *Haddad Hamada*, sein Stellvertreter *Harnini Aliane* und mehrere Verbindungsleute festgenommen.

In diesem Zusammenhang müssen auch andere Verhaftungen erwähnt werden, die anlässlich des Chruschtschowbesuches in ganz Frankreich vorgenommen wurden. Ungefähr tausend Personen, darunter zahlreiche Gewerkschafter, Schriftsteller, Sozialisten und Demokraten, wurden von den französischen Behörden festgenommen und per Flugzeug für mehrere Wochen nach Korsika und auf die Inseln Ré und Belle-Ile-en-Mer gebracht, „um die Sicherheit Chruschtschows in Frankreich zu gewährleisten“¹⁾. Unter den Verschickten befanden sich vor allem Emigranten aus der Sowjetunion und aus anderen osteuropäischen Ländern, aber auch spanische Republikaner. Verschickt wurden ferner Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in Frankreich leben, wie der Generalsekretär des Zentrums Freier Gewerkschafter im Exil, *Skrodzki*, früher Präsident der polnischen Bergarbeitergewerkschaft, sein Stellvertreter *Hais*, bis 1948 Präsident des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes, und *German*, früher Chef der rumänischen Bergarbeiterbewegung. Dem Präsidenten der Freien Gewerkschaften im Exil, *Bialas*, gegenwärtig in London, wurde die Einreise nach Frankreich für die Zeit des Chruschtschow-Besuches verweigert.

Es ist unmöglich, hier alle Persönlichkeiten anzuführen, die von einer Maßnahme betroffen wurden, die, wie es in einer von sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Persönlichkeiten unterzeichneten Entschließung heißt, zu „willkürlichen Massenverhaftungen“ von emigrierten Sozialisten und Demokraten führte, auf Grund von Listen, die offensichtlich von der russischen Geheimpolizei vervollständigt wurden.

Glaubt man wirklich, auf diese Weise „gefährliche“ Personen verbannt zu haben? Alle diese Menschen, die zum Großteil in

1) Anm. der Redaktion: Im *Monat* (Heft 139) veröffentlicht *Julian Gorkin* einen sehr anschaulichen Bericht über diese Verhaftungen. — Im übrigen sei nicht vergessen, daß die französische Bürokratie in solchen Maßnahmen „Tradition“ besitzt: 1938 wurden vor dem Besuch Ribbentrops in Paris viele hundert Emigranten aus Deutschland „vorsorglich“ eingesperrt — auf Grund höchst willkürlicher Listen, die dann wiederum die Unterlage bildeten, um bei Kriegsausbruch Hunderte in das berüchtigte Lager Le Vernet abzutransportieren. Ganz zu schweigen von der Schandtat Pétains, Laval's und Kumpanei, die 1941/43 Tausende französischer und ausländischer Juden einfangen ließen, um sie der Gestapo zum Abtransport in die Vernichtungslager zu übergeben.

früher Morgenstunde aus den Betten geholt und in Polizeiwagen verfrachtet wurden - nur wenige wurden vorher verständigt -, leben seit vielen Jahren als einfache arbeitende Menschen in Frankreich, und man kann es als sicher annehmen, daß keiner von ihnen einen Wahnsinnsakt plante.

Wirkliche Attentäter sehen anders aus als die Professoren und Gewerkschafter, die man jetzt aus Paris, Lyon, Marseille und Dijon auf die Inseln des Mittelmeeres und des Atlantiks verschickt hat.

Diese Maßnahmen haben heftigen Widerspruch hervorgerufen. Die Gewerkschaften haben in Protesten ihrer Entrüstung Ausdruck verliehen. Schriftsteller und Juristen — sozialistische Vorkämpfer gegen die KZ-Schande — haben sich dieser Bewegung angeschlossen, die auch die christliche Gewerkschaftsbewegung erfaßt.

Die Bauernrevolte

Die politische Situation wird durch einen allgemeinen Aufruhr der französischen Bauern verschärft, der seit vielen Monaten herangereift ist und jetzt seinem Höhepunkt zustrebt. Weder die stürmischen Massenkundgebungen in Nord- und Mittelfrankreich, bei welchen insgesamt 300 000 Landwirte ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck brachten, noch der Bauernkongreß in Paris konnten die Regierung zum Nachgeben bringen.

Die Bauern drohen mit Lieferstreik und Straßensperren. Solche Aktionen wurden schon in verschiedenen Departements durchgeführt, werden jetzt im Landesmaßstab erwogen und könnten sehr ernste Folgen für die Versorgung und die öffentliche Sicherheit nach sich ziehen. Um die Bedeutung der gegenwärtigen Bewegung zu verstehen, muß man sich das Gewicht der französischen Bauernschaft vergegenwärtigen: 9 Millionen Menschen, also 21 vH der Gesamtbevölkerung, obwohl vor allem seit 1938 viele Millionen in die Städte abgewandert sind. 71 vH des französischen Bodens gehören der Landwirtschaft, nämlich 39 Millionen ha — das ist mehr als die Hälfte des bebaubaren Bodens der sechs EWG-Länder, zum Großteil Klein- und Kleinstbesitz. Dieser Boden war 1957 ungefähr achtzig Milliarden DM wert, die Gebäude, zum Großteil alt und verfallen, wurden auf 200 Milliarden geschätzt. Dieser Wert sinkt aber ständig. Die landwirtschaftlichen Maschinen reichen nicht aus. In Deutschland hat ein Traktor 13,7 ha zu bearbeiten, in Frankreich 36 ha; in Deutschland verwendet man 38,5 kg Kunstdünger je ha, in Frankreich 15 kg. Am bedenklichsten ist aber der Geburtenrückgang auf dem französischen Land, 15 vH in drei Jahren, während sonst in Frankreich seit Kriegsende ein starker Bevölkerungszuwachs festzustellen ist.

302

Die Widersprüche zwischen den Bauernforderungen und dem Regierungsprogramm sind schwer zu überbrücken. Die französische Landwirtschaft ist überzeugt, daß der Wiederaufbau auf ihre Kosten vor sich geht. Sie verlangt zunächst eine fünfprozentige Erhöhung aller Agrarpreise und dann die Wiedereinführung des Preisindex-Systems.

Die Regierung hingegen befürchtet den Teufelskreis der Inflation. Die Erhöhung der Agrarpreise, und somit der wichtigsten Lebensmittelpreise, müßte zu neuen Lohnforderungen in der Industrie führen, die jetzt weitgehend gestoppt sind. Der Ministerausschuß beschränkt sich deshalb auf ein neues System zur Festsetzung der Preise für Getreide, Fleisch, Milch, Wein und Zuckerrüben. Die Regierung will auf diese Weise die Preisentwicklung kontrollieren. Gerade das aber bezeichnen die Bauernführer als „Willkür“ und „Hohn“, sie bemühten sich zugleich, die Bauernbewegung in legale Wege zu lenken. Dieser Absicht entsprach das Verlangen nach Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung. Wir kommen damit zum schwerwiegendsten Punkt der französischen Krise.

De Gaulle und die Volksvertretung

De Gaulles Weigerung, das Parlament einzuberufen, obwohl die absolute Mehrheit der Abgeordneten diese Forderung verfassungsmäßig einreichte, rief Stürme in allen politischen Lagern hervor und stellt das ganze bisherige System in Frage. Das Hauptargument de Gaulles ist, das Parlament solle nicht mehr dem Druck von „Interessengruppen“ ausgesetzt sein. Als solche „Interessengruppen“ betrachtet man beispielsweise die Bauernorganisationen oder die Gewerkschaften.

Die Unzufriedenheit mit der Agrar- und Sozialpolitik, vor allem aber mit gewissen autoritären Methoden ist so groß, daß die Regierung, die bis jetzt theoretisch über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, sich so lange als möglich gegen die Einberufung des Parlaments sträubt.

Die Unterstützung, die de Gaulle 1958 im französischen Volk fand, beruhte vor allem auf den Annahmen: „Er wird dem Algerienkrieg ein Ende setzen, er wird die Demokratie erhalten.“ Das französische Volk erwartet seit fast zwei Jahren von der 5. Republik vor allem die Beendigung des Algerienkrieges, soziale Gerechtigkeit und Schutz der demokratischen Rechte. Viele Hoffnungen sind aber enttäuscht worden. In diesem Sinn ist die Märzkrise 1960 in ihrer Tiefenwirkung vielleicht noch folgenschwerer als der letzte Januarputsch.

Robert Hertz (Paris)